Hanse- und Universitätsstadt
Rostock

Antrag
2021/AN/2203
öffentlich

Entscheidendes Gremium: **Bürgerschaft**	

Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und der SPD

Keine neuen Konzerttermine für X. Naidoo in kommunal getragenen Veranstaltungsstätten

Geplante Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.05.2021	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschaftsvertreter der inRostock GmbH gegenüber deren Geschäftsführung anzuweisen, mit dem Künstler Xavier Naidoo bzw. der zuständigen Agentur keine weiteren Auftritte zu vereinbaren. Dies schließt auch Ersatztermine im Fall einer Absage des Veranstaltung im August 2021 ein.

Sachverhalt:

Die Agentur X. Naidoo plant derzeit eine Verschiebung von Konzertterminen in das Jahr 2022 und hat sich daher auch an die Stadthalle mit der Bitte um einen Ersatztermin gewandt. Die Antragsteller sind sich einig, dass erneute Konzertvereinbarungen X. Naidoo nicht getroffen werden sollten. Dies schließt auch das Angebot eines Ersatztermins für einen abgesagten Auftritt ein. Es besteht dafür keine vertragliche Verpflichtung. Nach Überzeugung der Antragsteller sollte eine kommunal getragene Institution keine Geschäftsbeziehungen zu X. Naidoo eingehen.
Xavier Naidoo steht den Reichsbürgern und der QAnon-Bewegung nah und sieht sich in diesem Zusammenhang selbst als Person „im Widerstand“ gegen das System. Er bedient in persönlichen Äußerungen und Texten antisemitische Verschwörungsmythen und schürt rassistische Ressentiments. Ein wegen versuchten Mordes verurteilter ehemaliger NPD-Kader wurde von ihm als „wahrer Held“ bezeichnet – Naidoo hat angekündigt, mit dieser Person noch enger zusammenarbeiten zu wollen. Private Fernsehsender haben ihre Zusammenarbeit mit Naidoo aufgekündigt und lassen ihn nicht mehr bei sich auftreten. Viele Künstler*innen haben sich von Naidoo abgewendet und entziehen sich gemeinsamen Auftritten, da seine Versuche, rechtsextremes Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft zu tragen, nicht unterstützen wollen. Die antragstellenden Fraktionen wollen nicht, dass einem Menschen, der solche Ansichten offen und wiederholt artikuliert, eine kommunale Einrichtung für Konzertauftritte zur Verfügung gestellt wird. Ein erneutes Auftrittsangebot würde den Ruf der Stadthalle der Hanse- und Universitätsstadt insgesamt schädigen.

Finanzielle Auswirkungen:

Liegen nicht vor.

gez. Eva Maria Kröger
Die LINKE.PARTEI

Uwe Flachsmeyer
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Dr. Steffen Wandschneider-Kastell
Fraktion der SPD

Anlagen
Keine